Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Ewald Schulze in Halle.

Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.
Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

Zweiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal: Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 117. Halle a. d. Saale, Freitag den 11. März **1898.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 10. März. Der Kaiser traf heute vormittag in Begleitung des Chefs des Militärkabinets, Generals der Infanterie v. Hahnke und des Generaladjutanten, Generallieutenants v. Plessen, auf dem Bahnhofe in Potsdam ein und begab sich in offener zweispänniger Equipage nach der Kaserne des Leib-Garde-Husaren-Regiments, um der Offiziers-Reit-Besichtigung beizuwohnen. Nach Beendigung derselben wohnte er in der Kaserne des Regiments der Gardes-du-Corps auch dort der Offizier-Reitbesichtigung bei. Hierauf begab sich der Kaiser nach dem Stall der Leib-Eskadron des Regiments der Gardes-du-Corps und nahm sodann an dem im Offizierkasino des Regiments stattfindenden Frühstück theil.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Bülow, ist an der Grippe erkrankt und hat sich, auf den Rath des Arztes ins Bett legen müssen. Es handelt sich jedoch um einen durchaus leichten Anfall.

Parlamentarische Briefe.

= **Aus Berlin,** 10. März, schreibt man uns: Das Abgeordnetenhaus, liebenswürdig und entgegenkommend, wie es nun einmal ist, knickte heute vor der Drohung des Herrn v. Miquel, die Hochwasser-Vorlage scheitern zu lassen, wenn man auf der Staatsbeihilfe von 10 Mill. M. stehen bleibe, zusammen und begnügte sich mit den von der Regierung geforderten 5 Millionen und mit einer hübschen Resolution, worin die Regierung dringend ersucht wird, aus bereiten Fonds freundlichst selbst mehr auszugeben. — Die dritte Lesung des Gesetzes über die Erhöhung des Ansiedlungsfonds für Posen und Westpreußen rief noch lebhafte, zum Theil erregte Debatten hervor. Obwohl die Polen erklärt hatten, sich an der Diskussion nicht betheiligen zu wollen, hielt es der heißblütige Freikonservative Dr. Gerlich doch für taktvoll, den Abg. v. Czarlinski heftig anzugreifen und ihm sowohl wie dem polnischen Volk Mangel an Beständigkeit vorzuwerfen. Er erzielte mit dieser ungezimenden Aeußerung einen Ordnungsruf und provozirte die Polen Motty und v. Czarlinski nun doch zu Erwiderungen. Die Herren sprachen von „Folgen tragen" und „Folgen zu tragen wissen," und man munkelte infolgedessen von einem „Ehren"-Handel zwischen den kämpfenden Polen und Deutschen. Schließlich wurde natürlich das Gesetz angenommen und ein Centrumsantrag auf nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen (wegen der in der Vorlage nach Ansicht der Antragsteller liegenden Verfassungsänderung) abgelehnt.

Dafür rächte sich das Centrum im Reichstage. Bei der in erster und zweiter Lesung ohne jede Aufregung durchgegangenen Vorlage über die freiwillige Gerichtsbarkeit hatte für die dritte Lesung der Sozialdemokrat Stadthagen einen Haufen Anträge gestellt, die heute alle abgelehnt wurden — bis auf einen. Aber dieser war der wichtigste! Im § 175 hatte die Kommission nach eingehender Berathung folgendes bestimmt: „Ist ein Betheiligter (bei der Abfassung gerichtlicher und notarieller Urkunden) der deutschen Sprache nicht mächtig, so ist bei der Beurkundung ein vereideter Dolmetscher zuzuziehen." Statt dessen beantragte die Sozialdemokratie: „Erklärt ein Betheiligter, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig sei, so muß bei der Beurkundung ein vereideter Dolmetscher zugezogen werden." Der große Unterschied beider Fassungen leuchtet ein: dort muß der Nachweis geführt sein, daß der Betreffende nicht Deutsch versteht, hier liegt es in seinem Belieben, dies zu erklären, selbst wenn es nicht wahr ist, und dadurch die Zuziehung eines Dolmetschers zu erzwingen. Mit Rücksicht auf die wachsende Manie der polnischen Bevölkerung, die Kenntniß der deutschen Sprache abzuleugnen, bekämpfte der Justizminister Schönstedt den sozialdemokratischen Antrag aufs lebhafteste. Aber das Centrum schlug sich in seiner großen Mehrheit auf die Seite der Antragsteller, denen auch die Freisinnige Volkspartei Beistand leistete, und so wurde der Antrag genehmigt. Die Rache für Sadowa! Die Zustimmung der Regierung zu dem Gesetze in seiner nunmehrigen Gestalt ist, wie wir hören, ernstlich in Frage gestellt. — Bei der nun folgenden zweiten Berathung des Postdampfer-Subventionsgesetzes ergriffen mehrere Redner das Wort, ohne daß die Debatte über § 1 zu Ende kam. Bei der morgigen Fortsetzung dürfte sich wieder eine Agrardebatte entspinnen, da einer der radikalsten Centrumsmänner aus Bayern, der dicht an die dortigen Bauernbündler heranreichende Abg. Dr Heine, seine Jungfernrede halten wird bei der Vertretung seines Antrages, die Unternehmer zu verpflichten, als Rückfracht nach europäischen Häfen Getreide, Fleisch oder Molkereiprodukte nicht zu befördern. Man sieht, das Agrarertum wird immer mehr Anhänger des abgeschlossenen Staates, seine Gegnerschaft gegen fremde Zufuhren immer offener und — unbesonnener!

Die ländliche Arbeiterfrage.

Außer der sächsischen haben sich verschiedene Landwirthschaftskammern neuerdings mit der Frage des Arbeitermangels auf dem Lande beschäftigt und Mittel zur Bekämpfung dieser Erscheinung in Vorschlag gebracht. So hat die Posener Landwirthschaftskammer eine Resolution gefaßt, deren wesentlichste Vorschläge neben der Rückkehr zur Naturallöhnung, Begünstigung harmloser Vergnügungen (!) auf dem Lande und Verbot der Abwanderung minderjähriger Personen ohne Genehmigung ihrer Eltern, in der Besserung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande und in der Schaffung eines für Arbeiter unentgeltlichen Centralarbeitsnachweises bestehen. Jetzt hat auch die schlesische Landwirthschaftskammer sich mit den folgenden Vorschlägen beschäftigt:

1. Gestattung vermehrter Heranziehung von Strafgefangenen und Korrektions-Häuslingen zu landwirthschaftlichen Arbeiten;
2. eine ohne Vernachlässigung des Schulzwecks den landwirthschaftlichen Bedürfnissen entsprechendere Gestaltung der Schuleinrichtungen;
3. schärfere Beaufsichtigung des Gesinde- und Arbeiter-Vermittelungswesens;
4. energische Bestrafung des Kontraktbruches (aha!);
5. erweiterte Zulassung ausländischer Arbeiter für landwirthschaftliche Arbeit und Gesindeverrichtung (wo bleibt der Patriotismus?);
6. energische Förderung der inneren Kolonisation.

Es ist anzunehmen, daß sich demnächst auch die anderen Landwirthschaftskammern und landwirthschaftlichen Vereine mit dieser Frage beschäftigen und daß sich die verschiedenen Vorschläge zu gesetzgeberischen Maßnahmen verdichten werden, die dann wohl lebhafte Agrarierkämpfe zeitigen dürften.

Die ostasiatische Frage.

In Gemäßheit der Bedingungen des Vertrages, welcher zwischen Deutschland und China abgeschlossen ist, werden die deutschen Truppen nunmehr die Städte Kiaotschau und Tsimo räumen. Diese beiden Städte liegen nämlich außerhalb des eigentlichen deutschen Pachtgebietes, wenn auch innerhalb der sog. neutralen Zone, in der keinerlei Maßnahmen gegen den Willen Deutschlands getroffen werden können.

Von Interesse ist eine Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg." gegenüber englischen Preßstimmen. Sie schreibt in russenfreundlichem Sinne:

„Eine unbefangene Betrachtung der Lage, wie sie augenblicklich durch das Vorgehen Rußlands auf der Halbinsel Liaotung geschaffen ist, wird eine besondere Erregung der öffentlichen Meinung in England zwar begreiflich, aber bei näherer Prüfung kaum gerechtfertigt finden. Man hat in England unumwunden die Berechtigung des russischen Wunsches, einen eisfreien Hafen am Stillen Ocean zu besitzen, anerkannt, es ist daher unverständlich, weshalb man sich jetzt, da Rußland diesen Wunsch verwirklicht und zugleich die nothwendigen und unausbleiblichen Folgerungen zieht, darob über die Maßen entrüsten soll.

Der Parlaments-Untersekretär des Aeußeren, Curzon, erklärte gestern im englischen Unterhause:

Die Regierung habe keine Nachricht von einem formellen Protest gegen die von der Hongkong- und Shanghai-Bank, welche für sich selbst handle, und einem Syndikat deutscher Bankiers abgeschlossene chinesische Anleihe. Die Bedingungen des Abkommens zwischen der chinesischen Regierung und der russisch-chinesischen Bank in betreff des Baues und der Unterhaltung der Mandschurei-Bahn seien am 11./23. Dez. 1896 in dem russischen Amtsblatte veröffentlicht worden. Die Mandschurei sei nicht eine der 18 Provinzen des eigentlichen China, aber sie sei sicher ein integrirender Theil der Besitzung des Kaisers von China. Der britische Botschafter in Petersburg sei von dem Minister des Auswärtigen, Murawjeff, benachrichtigt worden, daß Rußland mit China wegen der Pacht von Port Arthur und Talienwan auf eine gewisse Anzahl von Jahren, sowie betreffs des Baues einer Eisenbahn nach Talienwan oder Port Arthur unter denselben Bedingungen wie die Mandschureibahn unterhandelt. Die russische Regierung habe keine sonderen Rechte über jene Häfen gefordert und auch nicht gedroht, Truppen in die Mandschurei zu senden. Murawieff habe ferner erklärt, daß Talienwan, falls es an Rußland verpachtet werden würde, dem fremden Handel wie die anderen chinesischen Häfen geöffnet sein werde. Der britische Gesandte in Peking bestätigte die Thatsache dieser Verhandlungen und erklärt, es sei kein Anzeichen von irgend einer Form eines Ultimatums vorhanden, auch sei, soweit ihm bekannt, keine Zeitgrenze für die Antwort gegeben. Weiter erklärte Curzon, die englische Regierung habe keine Nachricht, daß die russische Regierung die Anleihe der englischen und deutschen Banken bekämpfe. Wie er (Curzon) höre, sei die Anleihe auf dem Punkte, ausgegeben zu werden. — Der britische Gesandte in Peking habe im Oktober berichtet, daß von dem russischen Geschäftsträger der Versuch gemacht worden sei, die Ablösung Kiaotschaus als Hauptingenieur der Nordbahn von Tientsin nach Kiaotschau zu verlangen auf Grund des Versprechens der chinesischen Regierung, daß sie im Falle der Ausdehnung der Linie sich zuerst an russische Ingenieure und russisches Kapital wenden würde. Der britische Gesandte erhielt vom Tsungli-Yamen die Zusage, daß Kinder nicht abgesetzt werden solle. Bezüglich der angeblichen Abtretung der Deer-Inseln an Rußland erklärt Curzon, keine Information zu haben.

Parlamentarisches.

* Die von der „Freisinnigen Zeitung" verbreitete Nachricht, daß die Termine der Neuwahlen zum Reichstage und Abgeordnetenhause auf die Zeit vom 15. Juni bis 1. Juli und Ende Oktober festgesetzt seien, trifft nach der „Post" nicht zu. Ueber den Zeitpunkt für die Vornahme der Neuwahlen sei vielmehr ein Beschluß noch nicht gefaßt worden. Ebensowenig treffe die Behauptung dieser Zeitung zu, daß zur Vornahme der Wahlen zum Reichstage vor dem 15. Juni eine Auflösung des Reichstages nothwendig sei. Letztere Frage ist bekanntlich sehr strittiger Natur. Auch die „Natl. Korr." sagt, jene Mittheilungen seien verfrüht. Ueber die Termine sei noch nichts bestimmt. Richtig sei nur, daß zur Zeit ein amtlicher Meinungsaustausch in dieser Richtung stattfinde.

* In der gestrigen Sitzung des Bundesrathes wurde dem Antrage der bezüglichen Ausschüsse betr. die Ausführung des Gesetzes über das Auswanderungswesen, dem Berichte des Ausschusses über den Entwurf einer Verordnung wegen theilweiser Inkraftsetzung des Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 26. Juli 1897, dem Berichte des Ausschusses über den Entwurf von Bestimmungen betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Konservenfabriken Zustimmung ertheilt.

* Die Budgetkommission des Reichstages beendete gestern die Berathung des Marinetats. Eine längere Debatte entspann sich wegen der Gehälter der technischen Beamten, deren Gehaltserhöhung von mehreren Seiten gewünscht wird. Geheimrath Plath vom Reichsmarineamt erklärte, die von der Privatindustrie gezahlten Gehälter könnten niemals einen Vergleich mit den Gehältern der staatlichen Beamten zulassen. Contreadmiral Büchsel erklärte, die nicht qualifizirten älteren Zeichner könnten mit Rücksicht auf ihre unzulängliche Vorbildung bei der neuen Organisation nicht mit aufrücken, doch sollten sie mit Genehmigung der Oberwerftdirektoren durch eine Prüfung ihre Brauchbarkeit für höhere Stellen nachweisen dürfen. — In der Kommission soll die Berathung des Flottengesetzes fortgesetzt werden, sobald die Regierungserklärung zur Deckungsfrage vorliegt. Dieselbe dürfte nach der Erklärung des Staatssekretärs Tirpitz in der gestrigen Sitzung der Kommission in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Braunschweig, 10. März. Dem Landtag ging eine Vorlage zu betr. die Kündigung der 4proz. Landesanleihe bezw. ihre Konvertirung auf 3½ Proz.

Karlsruhe, 10. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Wahlrechtsdebatte fortgesetzt. Von liberaler Seite sprachen mehrere Abgeordnete dafür, daß die Regierung die Initiative in der Frage der direkten Wahl ergreifen möge. Von seiten des Centrums griff Abg. Wacker den Minister des Innern Dr. Eisenlohr scharf an und erklärte, es handle sich um ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gegen den Minister und die Regierung, soweit sie mit dem Minister einverstanden sei. Minister Dr. Eisenlohr erwiderte, er habe gestern seinen Kollegen das Mißtrauensvotum mitgetheilt und es sei auch als solches von denselben gewürdigt worden. Das Staatsministerium sei aber einmüthig der Ansicht, daß mit Rücksicht auf die bekannten Regierungserklärungen der Antrag Wacker einen Anlaß zu weiteren Erklärungen der Regierung nicht gebe. Von sozialistischer Seite wurde ein Antrag eingebracht, den Antrag Wacker dahin abzuändern, daß an Stelle des Bedauerns eine entschiedene Mißbilligung über die Haltung der Regierung ausgedrückt werde.

München, 10. März. Die Kammer der Reichsräthe beschloß heute wegen der von der Kammer der Abgeordneten abgelehnten Gehaltserhöhung für die katholischen und protestantischen Geistlichen nicht nur die Regierungsvorlage wiederherzustellen, sondern insofern noch über dieselbe hinauszugehen, als die Gehaltszulage für katholische Geistliche schon nach 10, 15 und 25 Jahren statt nach 10, 20 und 30 Jahren eintreten soll, was ein Mehr von 124,000 M. zu Gunsten der katholischen Geistlichen gegenüber der Regierungsvorlage ausmacht. — Die Kammer der Abgeordneten begann die Berathung des Etats der Post und Telegraphie. Im Laufe der Generaldebatte bemerkte auf mehrere Anfragen verschiedener Abgeordneter der Minister Frhr. v. Crailsheim, die Frage der Privatposten könne nur reichsgesetzlich geregelt werden. „Wir sind für Ausdehnung des Regals im Bundesrath eingetreten. Der Staat muß die unlukrativen Anlagen tragen, man soll ihm daher auch die lukrativen, soweit es geht, zukommen lassen." Weiter widerlegte der Minister die Behauptung von Vorrednern, daß die Reichspostbeamten, besonders die unteren, höher bezahlt seien als die Postbeamten. Eine Erhöhung des Telephon-Abonnements würde höchstens die Brutto-Rente, nicht aber die Netto-Rente erhöhen.

Parteinachrichten.

* Die „Natlib. Korr." ist sehr vorsichtig. Denn sie schreibt zu dem „Sammlungs-Aufruf":

„Wir sehen von der Mittheilung der Unterschriften, welche der heute zur Versendung gelangende Aufruf aus den nationalliberalen Fraktionen finden wird, an dieser Stelle ab; theils weil gegenwärtig Abgeordnete von Berlin ferngehalten sind und so die Liste nicht vollständig sein könnte, sodann aber, weil wir auch den Anschein vermeiden wollen, als ob zwischen den Mitgliedern der Fraktion, welche den Aufruf unterzeichnen und welche nicht, irgend eine Differenz bezüglich der Auffassung des Aufrufs auch nur anzudeuten sei."

Die Differenzen lassen sich dadurch aber nicht aus der Welt schaffen!

Herr v. Bennigsen will bekanntlich, wohl in Erinnerung an seine gute liberale Vergangenheit, die „Sammlungs"-Politik nicht mitmachen und den Aufruf nicht unterzeichnen. Dafür erhält er von der „Post" folgenden Fußtritt:

„Herr. v. Bennigsen beabsichtigt, am Schlusse der gegenwärtigen Legislaturperiode des Reichstages aus dem politischen Leben zurückzutreten; seine Bedeutung gehört auch schon längst in der Hauptsache der Vergangenheit an. Für die sozial und wirthschaftlich so stark bewegte Gegenwart fehlt ihm das volle Verständniß, und er ist daher längst nicht mehr in der Lage gewesen, in Wirklichkeit die führende Rolle in der Partei einzunehmen, welche ihm sein Name, sein Ansehen und sein hohes Verdienst eigentlich anwiesen. Fehlt daher von Bennigsen's Unterschrift unter dem Wahlaufrufe, so wird man diesem Mangel eine größere Bedeutung nicht beizumessen haben."

Die nationalliberale Partei wird wohl oder übel auch diese Aechtung ihres verdienten Führers über sich ergehen lassen. Sie hat es kaum besser verdient.

* Aus Schlesien schreibt man der „Köln. Volksztg.": „Mag die Entscheidung über die Marinevorlage ausfallen wie sie wolle, das Verhängnißvollste für das Centrum wäre eine Spaltung der Fraktion in dieser Frage; denn sie würde vielleicht für unabsehbare Zeit der anschlaggebenden Stellung des Centrums ein Ende machen und nicht blos im Süden Deutschlands, sondern auch unter den Katholiken Preußens eine fast unheilbare Verwirrung anrichten. Es würden sich dann gar leicht die Vorgänge wiederholen, die sich bei dem Militärkonflikt in den sechziger Jahren in der damaligen katholischen Fraktion abspielten. Während diese in der sechsten Legislaturperiode 1862 noch eine Stärke von 51 Mitgliedern aufwies, erschien sie in der folgenden Legislaturperiode nur noch in einer Stärke von 27 und später gar nur von 15 Mitgliedern, so daß die Fraktion sich auflöste und vier Jahre gar keine Vertretung der Katholiken in irgend einer Fraktion vorhanden war. Selbst die scheinbar sichersten Wahlkreise der Rheinprovinz und Schlesiens und das sonst so entschieden katholische Sauerland und ein Theil des Münsterlandes waren der katholischen Fraktion untreu geworden. Möge man dieser Vorgänge sich erinnern und deshalb vor allem darauf bedacht sein, die Einigkeit zu wahren."

Verwaltung und Rechtspflege.

* Der in der Reichstagskommission zur Vorberathung des Entwurfs über die Postdampfersubvention gefaßte Beschluß, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980311011/fragment/page=0001

Mainuferstaaten zu veranlassen, die Freilassung des Maines von Mainz bis Aschaffenburg von Gebühren zu erwirken, ist aus dem Wunsch erklärlich, den an dem Verkehr auf dem Main bezw. an einer Verbindung dieses Flusses mit der Donau betheiligten Gegenden die Benutzung der subventionirten Postdampfer zu erleichtern.

Allein es scheint dabei, so wendet man von offlößer Seite ein, nicht ausreichend beachtet worden zu sein, daß die Freilassung des kanalisirten Mains von Abgaben nicht nur der Fortführung dieses Unternehmens von Offenbach hinauf schwer zu überwindende Hindernisse bereitet, sondern auch die Durchführung der anderen, auf den Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes gerichteten Pläne erheblich erschweren müßte. Der Main ist bisher auf preußischem Gebiet und von Frankfurt abwärts kanalisirt, die Strecke von Frankfurt bis Offenbach baut Hessen aus. Abgesehen von der bayerischen Strecke Aschaffenburg—Landesgrenze bleiben daher seitens Preußens noch die Strecken Offenbach—Hanau und Hanau-Landesgrenze zu kanalisiren. Nun ist es aber ein von dem preußischen Landtage wiederholt ausgestellter Grundsatz, die Kosten für die Herstellung künstlicher Wasserstraßen nur dann zu bewilligen, wenn durch Verkehrsabgaben nicht nur die Kosten der Unterhaltung und des Betriebes voll gedeckt werden, sondern auch eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals erzielt wird. Auf ein Abgehen von diesem grundsätzlichen Standpunkte ist in dem vorliegenden Falle umsoweniger zu rechnen, als die Strecke oberhalb Hanau für die preußischen Verkehrsinteressen von geringerer Bedeutung ist. Das Verlangen, nicht nur auf jede Rente des Bankapitals, sondern auch auf den Ersatz der Unterhaltungs- und Betriebskosten völlig zu verzichten, wäre daher so ziemlich gleichbedeutend mit dem Verzicht auf baldige Durchführung der Kanalisation selbst.

* Der westfälische Provinziallandtag bewilligte in seiner gestrigen Sitzung 100,000 Mark zur Kultivirung von Oedländereien in Westfalen und zur Bildung und späteren Veräußerung von Rentengütern aus kultivirten Flächen. Darauf wurde der Landtag geschlossen.

* Die bisher nur für Weichensteller 1. Klasse, Weichensteller, Brückenwärter, Bahnwärter, Nachtwächter, Schaffner, Bremser und Heizer bestimmte Dienstauszeichnung, bestehend in einfachen bezw. doppelten, auf beiden Schultern zu tragenden goldenen Plattschnüren kann künftig auch den Wagenwärtern, Maschinenwärtern, Krahnmeistern, Krahnwärtern, Trajektheizern, Matrosen, Portiers und Bahnsteigschaffnern verliehen werden; für diese Verleihung bildet eine fünf- bezw. zehnjährige, völlig zufriedenstellende Dienstführung die Voraussetzung. Völlig straffreie Dienstführung wird demnach fortan nicht mehr verlangt. Im Anschluß an diese durch Allerhöchsten Erlaß genehmigte Bestimmungen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, daß die für den Fall zufriedenstellenden Verhaltens in Aussicht gestellte Auszeichnung dem Beamten nicht vorenthalten werden soll, wenn die verhängten Strafen auf seinen Diensteifer und persönlichen Charakter ein ungünstiges Licht nicht werfen. Nach einer weiteren Bestimmung des Ministers sind die für die Verleihung der Dienstauszeichnungsschnüre fortan maßgebenden Gesichtspunkte auch bei der unkündbaren Anstellung der Beamten anzuwenden.

Deutscher Reichstag.

59. Sitzung vom 10. März, 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstisch: Justizminister Schönstedt, Staatssekretär Nieberding.

Ein Antrag Zimmermann auf Einstellung eines gegen den Abg. Müller-Waldeck schwebenden Strafverfahrens wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Hierzu haben die Abgg. Auer, Stadthagen eine große Anzahl von Abänderungsanträgen gestellt.

Abg. **Haase** (Soz.) begründet dieselben, welche im wesentlichen Protokollirung, Vormundschaftswesen rc. betreffen und nach kurzer unerheblicher Debatte theils abgelehnt, theils zurückgezogen werden.

Zu § 32 ist beantragt, daß zur Entscheidung der Vormundschaftsgerichte zwei Schöffen hinzugezogen werden sollen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) begründet diesen Antrag. Redner führt aus, selbst in das Vormundschaftswesen sei die Politik hineingetragen worden, indem man sozialdemokratischen Vätern die Erziehung der Kinder nehme und einen Vormund bestelle.

Die Abgg. **Günther** (nl.), **Wellstein** (Ctr.), **Rintelen** (Ctr.) sprechen sich gegen den Antrag aus, da das Laienelement schon genügend in Vormundschaftssachen vertreten sei.

Geh. Oberjustizrath **Struckmann** bittet um Ablehnung des Antrages, der etwas ganz Neues einführen wolle, das zu großen Weiterungen und Verzögerungen führen würde.

Abg. Dr. **Cuny** (natl.) hält eine Hinzuziehung von Laien in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auch für unnöthig. Für das Interesse der Familie sorgen bereits die einschlägigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Abg. **Reinhold** (Ctr.) hält die Schwierigkeiten für die Hinzuziehung der Schöffen auch für zu groß und wird gegen den Antrag stimmen.

Abg. **Buchka** (kons.) bittet um Ablehnung des Antrages und verwahrt die 6. Kommission gegen einige Angriffe des Abg. Rintelen.

Der Antrag Auer wird hierauf abgelehnt, desgleichen ein Antrag Rintelen auf Rückverweisung an die Kommission.

Es folgt ein Antrag Auer zu § 156, welcher vom Vereinswesen handelt, die Aufhebung des Verbindungsverbots der Vereine hier einzuführen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) begründet den Antrag und erinnert daran, daß bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Centrum und die Nationalliberalen ebenfalls für die Aufhebung des Verbindungsverbots eintraten. Das Centrum habe sich bitter darüber beklagt, daß das Versprechen des Reichskanzlers nicht eingelöst sei. Nun er sei ein Menschenfreund und gebe ihm hier Gelegenheit, den Fehler wieder gut zu machen.

Der Antrag wird hierauf ohne weitere Debatte abgelehnt.

Der letzte sozialdemokratische Antrag ist zu § 175 gestellt. Absatz 1 derselben soll wie folgt gefaßt werden: Erklärt ein Betheiligter, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig sei, so muß bei der Beurkundung ein vereideter Dolmetscher hinzugezogen werden.

Abg. **Haase** begründet diesen Antrag.

Abg. Fürst **Radziwill** (Pole) hält diese Forderung aus Gründen der Gerechtigkeit für sehr begründet, die jetzige Handhabung führe für den der deutschen Sprache nicht Kundigen oft zu geradezu chikanösen Maßnahmen.

Justizminister **Schönstedt** bittet, dem Antrage in jeder Form die Zustimmung zu versagen, da seine Annahme geeignet sei, sowohl das vorliegende Gesetz wie weiterhin das Bürgerliche Gesetzbuch zu gefährden. Die Oberlandesgerichtspräsidenten in den polnischen Landestheilen berichten, daß die Verleugnung der Kenntniß der deutschen Sprache bei den Polen sehr zugenommen habe. Diese Verleugnung dürfe man nicht gesetzlich fördern. Unter dem Einfluß der nationalpolnischen Agitation weigern sich die Leute, deutsch zu sprechen. Der Minister belegt dies mit einzelnen Fällen. Die geltenden Bestimmungen seien ausreichend und würden von den Richtern in verständiger Weise angewendet.

Abg. **Wellstein** (Ctr.) Die Gründe der Antragsteller seien nicht überzeugend, der Antrag wolle an Stelle der Böswilligkeit des Richters die Böswilligkeit der Parteien setzen.

Abg. **v. Saß-Jaworski** (Pole): Die Entscheidung, ob in deutscher oder polnischer Sprache verhandelt werden solle, könne nicht allein dem Richter überlassen bleiben. Es sei sogar eine Ministerial-Verfügung erlassen, wonach die Richter in gewissen Fällen die Kenntniß der deutschen Sprache voraussetzen sollen.

Justizminister **Schönstedt**: Eine solche Verfügung sei nicht erlassen worden, die Richter seien nur darauf aufmerksam gemacht worden, daß Ablehnungen der deutschen Sprache in letzter Zeit häufiger vorkommen.

Abg. **Haase** (Soz.): Die Richter nehmen oft zu Unrecht an, daß Angeklagte oder Zeugen deutsch verstehen. In manchen Fällen werde auch ein Zwang in dieser Richtung ausgeübt.

Geheimrath **Struckmann** widerlegt einige Behauptungen des Vorredners, welcher die Bestimmungen über die Errichtung von Testamenten im Bürgerlichen Gesetzbuch zur Vergleichung herangezogen hatte.

Hierauf wird auf Antrag des Grafen **Hompesch** die Diskussion geschlossen.

Sodann wird der eben mitgetheilte Antrag mit knapper Majorität angenommen.

Sodann wird das ganze Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Postdampfer-Subventions-Vorlage.

Den Bericht der Kommission erstattet Abg. Prinz **von Arenberg.**

Das Haus hat sich inzwischen ziemlich stark gefüllt, am Bundesrathstisch ist Staatssekretär **v. Podbielski** erschienen.

Abg. Graf **Inn- und Knyphausen** (kons.) tritt für die Vorlage ein unter Hinweis darauf, daß England und Frankreich für ihre Flotten absolut und relativ mehr ausgeben als Deutschland. Seine Bedenken bezüglich der Landwirthschaft seien durch die Resolution gewahrt.

Abg. **Freese** (frs. Ver.) hebt die Vorzüge der direkten Dampferlinien nach Ostasien hervor. Es sei sehr wichtig, daß die Waaren direkt verfrachtet und signirt werden können. Auch England subventionire seine großen Dampferlinien. Die Vorlage möge im Interesse des deutschen Handels und der Exportindustrie angenommen werden.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) vermißt den Nachweis, daß die Dampferlinien nach Ostasien und Australien unrentabel seien und plaidirt für Ablehnung der Vorlage mit denselben Argumenten wie in der ersten Lesung.

Abg. **Jebsen** (nl.): Er stehe auf demselben Standpunkte wie der Abg. Freese und empfehle die Vorlage warm im nationalen Interesse. Für ihn sei die Hauptsache der § 4, wonach auch Hamburg hineingezogen sei.

Abg. **Hasse** (nl.): Die Vorlage habe nicht nur eine wirthschaftliche Bedeutung, sondern auch eine nationale. Die Exporteure seien nun nicht mehr auf die englischen und französischen Gesellschaften angewiesen, die den deutschen Waaren oft so wenig entgegenkamen. Auch die Anwendung der deutschen Sprache bei der Versendung sei ein großer Vortheil.

Hierauf wird Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr, Fortsetzung der heutigen Berathung, Gesetzentwurf über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, Marine-Etat.

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 10. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel, Frhr. v. d. Recke, Frhr. v. Hammerstein u. a.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Sommer 1897 herbeigeführten Beschädigungen (Nothstandsvorlage).

In der zweiten Lesung ist der für den Nothstand ausgeworfene Fonds von 5 Millionen auf 10 Millionen im Bedürfnißfalle trotz des Widerspruchs der Regierung erhöht worden.

Ein zur dritten Lesung eingebrachter Antrag Letocha (Ctr.), der von Mitgliedern aller Parteien, ausgenommen die Freisinnigen, unterstützt wird, will diese Erhöhung wieder streichen und somit die Regierung auf, den über den Betrag von 5 Mill. Mark hinaus etwa nothwendig werdenden Bedarf aus bereitstehenden Staatsmitteln ohne Verzug zu entnehmen.

Eine Generaldiskussion findet nicht statt.

In der Spezialdiskussion begründet

Abg. **Letocha** (Ctr.) den oben mitgetheilten Antrag damit, daß, da die Regierung nun einmal die Beschlüsse zweiter Lesung nicht annehmen wolle, das Gesetz bei Aufrechthaltung dieser Beschlusses gefährdet erscheine. Die in der Regierungsvorlage ausgeworfenen fünf Millionen würden aber voraussichtlich nicht hinreichen, da die Kommission den Kreis der zu Unterstützenden ausgedehnt habe und auch die Schätzungen des Schadens seitens der Regierung zu niedrig ausgefallen seien. Die von ihm beantragte Resolution wolle nun die Regierung in den Stand setzen, etwa nothwendig werdende Mehrausgaben ohne weiteres zu machen. Gegen diese Resolution könne seiner Ansicht nach die Regierung keinerlei budgetrechtliche Bedenken geltend machen.

Minister **v. Miquel**: Obwohl ich die Fassung der Resolution und ihre Motivirung etwas anders gewünscht hätte, hat die Regierung gegen die Resolution keine Bedenken, da sie sachlich dasselbe ausdrückt, was ohnehin in den Intentionen der Regierung gelegen hat.

Darauf wird der Gesetzentwurf mit dem Antrag Letocha in seinen einzelnen Paragraphen und sodann in der Gesammtabstimmung einstimmig definitiv angenommen.

Die hierzu eingelaufenen Petitionen werden der Regierung als Material überwiesen.

Es folgt die dritte Berathung des Ansiedlungsgesetzes (Erhöhung des Grundkapitals von 100 auf 200 Mill. M.).

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. **Motty** (Pole): Meine politischen Freunde und ich haben sich an der ersten und bei der zweiten Berathung nicht betheiligt und haben bei der zweiten Berathung den Saal verlassen. In dem jetzigen Stadium der Verhandlungen erachten wir es für unsere Pflicht, allerdings nicht an der Berathung theilzunehmen, gemäß unserer früheren Erklärung, jedoch an der Abstimmung. Wir werden deshalb den Saal nicht verlassen, aber an der Berathung nicht theilnehmen.

In der Generaldiskussion verwahrt

Abg. **v. Standy** (kons.) die Ansiedlungskommission gegen den früher vom Abg. Rickert gemachten Vorwurf der Schwerfälligkeit und Unkonsequenz und weist an einzelnen Fällen, die angegriffen worden seien, nach, daß die Ansiedlungskommission ganz korrekt verfahren sei. Redner tadelt sodann das Auftreten des Abg. Jäckel, der sich abfällig über einen großen Theil der deutschen Bevölkerung Polens ausgesprochen habe. So etwas sei hier im Hause noch nicht dagewesen. Könne sich Abg. Jäckel vorstellen, daß ein Pole ebenso seinen polnischen Landsgenossen gegenüber sich verhalten könne? Herr Jäckel habe selbst zugestehen müssen, daß die Boykottirung nicht zuerst von den Deutschen ausgegangen sei. Man habe vielfach eine Broschüre des Herrn Fink dem H. K. T.-Verein an die Rockschöße zu hängen versucht. Der Verein erkläre aber ausdrücklich, daß er mit dieser Broschüre nichts zu thun habe. Dem H. K. T.-Verein gehörten die besten Männer an, und die Angriffe auf denselben seien unberechtigt. Besonders habe sich Herr von Tiedemann-Bomst große Verdienste um den Verein erworben. Das Andenken dieses Mannes werde man stets in Ehren halten.

Abg. **Gerlich** (freikons.): Herr Jäckel habe zwar einen deutschen Namen, aber kein deutsches Herz. Männer von Herrn Jäckel's Partei in Abgeordnetenhause hinstellen und das Deutschthum in solcher Weise verleugnen? Bei den nächsten Wahlen werde hoffentlich Herr Jäckel das büßen. Redner wünscht sodann, daß man möglichst viel große Ansiedelungsgüter, entsprechend dem angenommenen Antrag Sieg bilde, und empfiehlt der Regierung, die bei den Ansiedelungsgütern etwa vorhandene Wasserkraft in Elektrizität umzuwandeln und diese dann den Ansiedlern als Triebkraft zur Verfügung zu stellen. Redner wirft dem Abgeordneten von Czarlinski vor, daß derselbe einen durch Indiskretion eines polnischen Beamten bekannt gewordenen Brief von ihm (Redner) gegen ihn benutzt habe. Wer ein bischen Gefühl für das, was anständig sei, habe, verschmähe solche Waffen.

Präsident **v. Kröcher**: Das geht zu weit, ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall bei den Polen.)

Abg. **Gerlich** (fortfahrend): Wehe einer Partei, die sich solcher Waffen bedient! Wehe einer Nation, die nicht mehr unterscheiden kann, was anständig und was unanständig ist. (Rufe: Pfui! und Pfui! bei den Polen). Die Waffen, mit denen Sie kämpfen, sind kein ehrliches Feuer, sondern schleichendes Gift und Verrath.

Präsident **v. Kröcher**: Ich nehme an, daß Sie mit diesen Ausdrücken nicht eine Partei hier im Hause meinen.

Abg. **Gerlich** (schließend): Nein, im Gegentheil! (Große Heiterkeit.)

Abg. **Imwalle** (Ctr.) beantragt, da das Gesetz eine Verfassungsänderung bedeute, eine nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen vorzunehmen.

Der Antrag wird vom Centrum und den Polen unterstützt.

Abg. Dr. **Stephan**-Beuthen (Ctr.) wiederholt seine Bitte an den Minister um eine statistische Aufstellung darüber, ob sich die Besitzverhältnisse in Posen und Westpreußen wirklich zu Ungunsten der Deutschen verschoben haben. Redner hält an seiner Behauptung fest, daß die Katholiken bei der Ansiedlung zu wenig berücksichtigt würden. Das Verhältniß zu den Protestanten sei 1:16. Die mangelhafte Möglichkeit der Pastorirung der deutschen Katholiken könne kein Grund hierfür sein, da in Posen genügend deutsch-katholische Priester seien.

Minister **v. Miquel**: Die Verfassungsfrage ist längst entschieden. Dieser Entwurf ist eine Fortsetzung des ersten Gesetzes, das vom Landtag als verfassungsmäßig anerkannt worden ist. Bemerken möchte ich noch folgendes: Die Ansicht, daß alle Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich nur auf ein Jahr bewilligt werden, ist durchaus irrig. Ich habe diesen Grundirrthum jetzt monatelang in den Zeitungen bis zum Ueberdruß gelesen aus Anlaß der Flottenfrage. Da wird gesagt: Dauernde durch Gesetz bewilligte Ausgaben sind eine Beschränkung des Etatsrechts des Reichstags. Nichts kann irriger sein als dies. Wenn Sie eine etatsmäßige Stelle bewilligen, so ermächtigen Sie die Regierung, diese etatsmäßige Stelle dauernd zu besetzen, so lange nicht in Uebereinstimmung zwischen Landtag und Regierung diese Stelle beseitigt wird. Alle Ausgaben, die auf Gesetz beruhen, sind dauernder Natur. Auch jedes einheitliche Werk kann für eine Reihe von Jahren so bewilligt werden, daß das Parlament dadurch für eine Reihe von Jahren hinaus zu jährlichen Bewilligungen gezwungen ist. Schon wenn man auch nur eine erste Rate bewilligt, verpflichtet man sich auch für die folgenden Raten, denn sonst würde man eine Ruine schaffen. Der Fall ist noch nicht vorgekommen.

Minister **Schönstedt** bemerkt ebenfalls, daß das Gesetz nicht verfassungswidrig sei. Das hier vorgelegte Gesetz wolle doch im Grunde nichts anderes als die Fristbestimmung des ersten Gesetzes, das nicht für verfassungswidrig angesehen worden sei, aufheben resp. verlängern. Das Gesetz wolle daher nicht ein aliud sondern nur ein majus.

Regierungskommissar **Sachs** legt dar, daß der polnische Kleingrundbesitz nachgerade zu große Dimensionen angenommen habe, die zu ernsten Besorchungen Anlaß geben. Allein 3937 ha seien allmälig den Deutschen verloren gegangen.

Abg. **Jäckel** (frs. Vg.) meint, der Umstand, daß die Herren hier ihn persönlich angegriffen hätten, beweise nur, daß man ihn nicht sachlich widerlegen könne. Er betone nochmals, daß der H. K. T.-Verein bei der Mehrheit der Bevölkerung im Osten kein Vertrauen genieße. Auch die freisinnige Partei befinde sich diesem Verein gegenüber in der Abwehr.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) nimmt den H. K. T.-Verein in Schutz und hält es bezüglich der Ansiedelungsgüter für richtig, auch einige große Ansiedelungsgüter gewissermaßen als Mustergüter zu schaffen.

Abg. **v. Puttkamer**-Plauth bemerkt, Herr Jäckel habe auf die Angriffe auf ihn in so ruhigem Tone geantwortet, daß ihn sicher niemand für einen Agitator halten werde. Von einer Verfassungsverletzung könne bei diesem Gesetze nicht die Rede sein. Seine Partei stimme daher gegen den Antrag Imwalle. Daß die Regierung irgendwie feindliche Absichten gegen den Katholizismus mit dem Gesetze habe, sei ein Irrthum.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.): Die Frage, ob das Gesetz der Verfassung widerspricht, kann sich nur noch auf Artikel 99 der Verfassung beziehen. Aber auch dieser Artikel 99 findet hier keine Anwendung, da es etatsrechtlich vollkommen gleichgiltig ist, ob auf eine Reihe von Jahren oder für immer solche Ausgaben, wie sie das Gesetz will, geleistet werden sollen. Auch in der lex Huene ist ein Verwendungszweck dauernd festgelegt worden, ohne daß vom Centrum oder einer anderen Seite Widerspruch erhoben worden ist. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß Katholiken ganz ebenso wie Evangelische angesiedelt werden, unter der Voraussetzung, daß ihr Deutschthum dadurch nicht in Gefahr geräth. Man müßte vor allem dafür sorgen, daß von auswärts gute deutsche katholische Geistliche nach Posen versetzt werden.

Abg. **Motty** (Pole) wendet sich gegen die Rede des Abg. Dr. Gerlich. Durch diese Aeußerungen hat Dr. Gerlich die ganze Bevölkerung, die wir hier vertreten, in einer solchen Weise beleidigt, daß wir von dem Herrn Gerlich verlangen müssen, daß er die durch nichts bewiesenen Beschuldigungen hier öffentlich zurücknimmt. Wenn er das nicht thut, so wird er die Folgen seiner Weigerung tragen müssen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. **Stephan** (Centr.) hält daran fest, daß das Gesetz eine Verfassungsänderung enthalte. Im Jahre 1886 habe das Haus nur dann eine Verfassungsänderung als nicht vorliegend erachtet, wenn dem Gesetz eine Fristbestimmung zu Grunde liege. Diese sei aber jetzt gestrichen worden, und daher das Argument des Abg. Dr. Sattler nicht stichhaltig.

Geheimrath **Sachs** theilt mit, daß sich seine Zahlenangabe nur auf ein Jahr bezogen haben.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole): Herr Gerlich irrt, wenn er glaubte, mich durch seine Angriffe beleidigen zu können. Wer beleidigt, hat immer unrecht. Ich habe nicht die Absicht gehabt, Herrn Gerlich zu beleidigen, als ich die Beweise lieferte, daß die Regierung schlecht informirt gewesen ist. Herr Gerlich trat seiner Zeit an mich heran und sagte, sein Brief sollte diskret bleiben. Darauf entgegnete ich: Ja, es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch aus Licht der Sonnen. (Sehr gut! bei den Polen.) So oft Sie Verleumdungen gegen uns schleudern, die in die Oeffentlichkeit gelangen (Glocke des Präsidenten) — Ich sage das nicht von Herrn Gerlich, Herr Präsident. (Präsident **v. Kröcher**: Ich sage ja noch gar nichts. Stürmische Heiterkeit.) Ich kann nur schließen: Solange ich Abgeordneter bin, werde ich mich niemals davon abhalten lassen, meine Beschwerden vorzubringen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. **Gerlich** (fk.): Von der Erklärung, daß mich der Vorredner nicht habe beleidigen wollen, nehme ich mit Dank Kenntniß. Auch ich habe Sie nicht beleidigen wollen. Wenn aber von einer bestimmten Richtung in ihrer Partei in der Weise vorgegangen wird, wie es die Indiskretion gegenüber meinem Briefe charakterisirt, so muß ich das, trotzdem ich vor

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980311011/fragment/page=0002

den Polen im ganzen große Hochachtung habe und auch viele Freunde unter ihnen habe, als „Verrath" bezeichnen, und kann dieses Wort nicht zurücknehmen. Ich werde die Folgen davon zu tragen wissen, wie ich überhaupt die Folgen meines ganzen Lebens zu tragen habe.

Abg. Dr. **Stephan** (Ctr.) beantragt nochmalige Zurückverweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Graf **Limburg**-Stirum (kons.) und Dr. **Sattler** (nl.) widersprechen dem Antrage.

Damit schließt die Generaldebatte; die Spezialberathung führte zu keiner Diskussion.

Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Polen, des Centrums und der Freisinnigen angenommen, der Antrag Impalle abgelehnt.

Abg. Dr. **Stephan** bemerkt, daß er seinen Antrag (über den nicht abgestimmt wurde) stillschweigend zurückgezogen habe (Heiterkeit); er würde sonst den Präsidenten noch rechtzeitig daran erinnert haben.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Kultusetats beim Kapitel „Prüfungskommissionen."

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.) wünscht, daß auch für die Oberlehrerinnen ebenso wie für die Oberlehrer eine Prüfungsordnung aufgestellt wird.

Abg. **Danzenberg** (Ctr.) bedauert, daß die Regierung das Oberlehrerinnenexamen eingeführt hat.

Abg. **Wetekamp** (frs. Vp.) meint, das Oberlehrerinnenexamen entspreche durchaus den Zeitverhältnissen; die Damen hätten auch durchaus nicht den Wunsch, daß man an sie geringere Anforderungen stelle, als an ihre männlichen Kollegen. Die Anforderungen sind auch nicht zu hoch. Ich rede der Vielwisserei nicht das Wort, aber gerade das Oberlehrerinnenexamen wirkt der Vielwisserei entgegen.

Ministerialdirektor **Schneider**: Viele Direktoren sind allerdings Gegner der Oberlehrerinnenprüfung, aber nur, weil sie die Damen nicht in den oberen Klassen unterrichten lassen wollen. Die Einführung der Oberlehrerinnenprüfung erwies sich auf die Dauer als unvermeidlich.

Abg. Dr. **Enneccerus** (natl.): Wenn man nach Ihren Rathschlägen verführe, so würde die deutsche Volksbildung bald tiefer gesunken sein, als es Ihnen selbst lieb ist. Wird das Oberlehrerinnenexamen beseitigt, so wird die Folge sein, daß man für den Unterricht in den oberen Klassen der Höheren Töchterschulen nur noch Lehrer anstellt, und die Lehrerinnen gänzlich ausschließt.

Abg. Dr. **Dittrich** (Ctr.) erklärt sich gegen das Oberlehrerinnenexamen, denn es steigere die Gefahr, daß die Schülerinnen zu wissenschaftlich und zu wenig praktisch ausgebildet werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Universitäten" befürwortet

Abg. Dr. **Böttinger** (nl.) die Errichtung von Extraordinariaten für Geschichte der Medizin.

Geheimrath **Althoff**: Die Unterrichtsverwaltung erkennt das Bedürfniß für eine Vertretung der Geschichte der Medizin vollkommen an und empfiehlt sogar bei den medizinischen Prüfungen auf diesen Gegenstand einen größeren Nachdruck zu legen. Einstweilen fehlt es jedoch noch an den geeigneten Lehrkräften; für Berlin ist auf diesem Gebiete ausreichend gesorgt.

Um 4½ Uhr vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr.

Ausland.

Italien.

In der Deputirtenkammer brachte gestern di Martino, unterstützt von anderen Abgeordneten, einen Gesetzentwurf ein betreffend Einsetzung eines Ehrengerichts, welches bei bürgerlichen Streitigkeiten, die eine Folge von Ehrenbeleidigungen sind, zu entscheiden hätte. Die Sozialisten-Partei brachte einen Antrag ein, welcher das Duell auf eine Stufe stellt mit gemeinen Verbrechen. Beide Gesetzentwürfe werden gemäß der Geschäftsordnung zunächst durch die Bureaus der Kammer geprüft werden. — Also auch in Italien beginnt sich das öffentliche Gewissen gegen den Duell-Unfug zu regen. Die gerichtliche Untersuchung gegen die Theilnehmer an dem Duell Macola-Cavallotti hat begonnen. Das Gerücht von der Flucht Macola's ist unbegründet. Die radikale und sozialistische Presse fährt fort, thn als Raufbold und Todtschläger zu behandeln und den Zweikampf heftig zu verdammen. Der sozialistische Antrag auf Beseitigung der rechtlichen Ausnahmestellung des Zweikampfes hat augenblicklich alle Aussicht auf Annahme.

Die deutschen Studenten sind am Donnerstag in Neapel eingetroffen.

Frankreich.

Zola hat gegen die Entscheidung des Zuchtpolizeigerichtes betreffend die Kompetenz-Erklärung in dem von den Schriftsachverständigen angefochtenen Prozeß Berufung eingelegt.

Der neue Vorsitzende des Pariser Stadtraths, Navarre, sagte am Mittwoch in seiner Antrittsrede:

„Wenn das allgemeine Stimmrecht in voller Freiheit sich bethätigen könnte, wäre von der Kammer, die der gegenwärtigen folgen wird, viel zu erwarten. Aber was haben wir zu hoffen, wenn am Vorabend der Volksbefragung die öffentlichen Gewalten ihre Pflicht verrathen und alle Regierungskräfte in den Dienst des Rückschritts stellen?"

Großbritannien und Irland.

Königin Viktoria hat sich in Begleitung der Prinzessinnen Christian von Schleswig-Holstein und Heinrich von Battenberg gestern nachmittag nach Portsmouth begeben, woselbst sie an Bord der Yacht „Victoria and Albert" zu übernachten gedachte. Heute vormittag reist die Königin nach Cherbourg ab.

Griechenland.

Das von der Kammer beschlossene Gesetz betreffend die Finanzkontrolle ist Mittwoch abend vom König sanktionirt worden.

Türkei.

Rußland verlangte von der Pforte die Erlaubniß zur Durchfahrt zweier Kriegsschiffe durch die Dardanellen. Die beiden Schiffe sind zur Ablösung der zur Zeit bei Kreta befindlichen Schiffe bestimmt. Der bisherige Befehlshaber des russischen Mittelmeer-Geschwaders Kontre-Admiral Andrejew ist in Konstantinopel eingetroffen und reist heute nach Petersburg ab.

Das armenische Komitee richtete wegen angeblich fortdauernder Verfolgungen seitens der Türken einen Beschwerdebrief an die Botschafter der Großmächte, um deren Intervention zu erbitten.

Die Nachrichten von neuerlichen Truppenkonzentrationen in Macedonien bestätigen sich nicht.

Mittel- und Südamerika.

Einer Depesche des „New York Herald" aus Rio de Janeiro zufolge bestreiten die dortigen Regierungsorgane, daß Brasilien irgend ein Kriegsschiff an die Vereinigten Staaten verkauft hätte; die Depesche versichert aber, aus guter Quelle zu wissen, daß Brasilien an die Vereinigten Staaten ein oder mehrere Kriegsschiffe verkauft habe, die sich in Europa in Bau befänden. Dieser Nachricht wird indessen in New York wenig Glauben beigemessen. — Dieselbe Depesche meldet ferner das Gerücht, daß eine Anzahl Engländer von British-Guyana her in ein nördlich des Rio-Branco gelegenes brasilianisches Territorium eingefallen sein sollen.

Wissenschaft. Kunst. Litteratur.

b. Betreffs der großen deutschen Tiefsee-Expedition, die wir gestern gelegentlich der Mittheilung von der Berufung Prof. Chun's als Nachfolger Leuckart's erwähnten, werden jetzt Einzelheiten bekannt, die auch unsere Leser interessiren dürften. Prof. Chun hat einen stattlichen Dampfer der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft Nameus „Francia" gecharter und läßt nun auf diesem Schiffe eine Reihe nothwendiger eingreifender Aenderungen vornehmen. Das Schiff erhält eine Eismaschine, sodaß die aus großen Tiefen heraufgeholten Thiere stets in gekühltes Wasser gebracht werden können. Es muß ein großer Konservirungsraum und ein Mikroskopirsaal hergestellt werden, ferner sind besondere Maschinen nöthig, um die enorm schweren Schleppnetze aufzuholen, man muß dabei bedenken, daß ein solches Netz bis zu 10,000 m Drahtseil erfordert. Die Anzahl der wissenschaftlichen Arbeiter ist eine beschränkte. Der Leiter der Expedition ist Prof. Chun, außerdem wird ein Hydrograph und ein Arzt an Bord sein, ferner die Zoologen Dr. Apstein aus Kiel, der sich viel mit Planktonstudien beschäftigt hat, Dr. Banhöffen (z. B. Berlin), der an der Grönland-Expedition des Dr. v. Drygalski theilnahm, Prof. Dr. Plate-Berlin, der erst vor 2 Jahren von einer großen wissenschaftlichen Reise an der südamerikanischen Westküste zurückgekehrt ist und Dr. Braem, der Assistent Chun's. Auch ein Navigationsoffizier der Marine wird die Expedition begleiten. Die Expedition wird etwa folgenden Weg nehmen. Anfang August d. J. Abfahrt von Hamburg nach den Kanarischen Inseln und von dort an der ganzen Küste von Afrika entlang, Vorstoß ins antarktische Gebiet, sodann östliche Küste von Afrika bis nach Sanzibar, von dort quer durch den Indischen Ocean nach Ceylon oder den großen Sundainseln und von dort durch das Rothe Meer zurück. In allen diesen Meerestheilen ist bisher noch nie mit dem Schleppnetz gefischt und ebensowenig ist das Plankton dieser Gegenden bekannt, sodaß wir auf die Resultate dieser großartigen Expedition mit Recht gespannt sein dürfen.

— „Akademie Platons" nennen die Kunstforscher Italiens ein großes Mosaik, das am Fuße des Vesuv, in Torre dell' Annunziata, aufgefunden wurde. Das Mosaikbild zeigt die Athener Akropolis hoch auf dem Berge und im Vordergrunde eine Gruppe von sieben Männern, die im Gespräche sind. Die Darstellung ist eine lebendige, die Farben sind frisch und lebhaft, und der breite Kranz, der als Rahmen das Gemälde umgiebt, ist aus Blumen und Früchten von sehr schöner Zeichnung gebildet. Das Kunstwerk, das für 50,000 Fr. in den Besitz des Pompeji-Museums übergegangen ist, zählt zu den schönsten Resten des Alterthums.

— Im „Berliner Theater" in Berlin erzielte gestern die Jambentragödie „Alarich" des Generals v. Verdy du Vernois einen Achtungserfolg.

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 10. März. In heutiger Schwurgerichtssitzung wurde verhandelt wider den Müllergesellen Friedrich Wilhelm Binzelberg aus Bokleben bei Lüchow in Hannover. Er war angeklagt wegen Sittlichkeitsverbrechens in Verbindung mit Mißhandlung. Aus Sittlichkeitsgründen geschah die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Der Angeklagte ist aus Diemendorf bei Arendsee gebürtig, 24 Jahre alt, unverheirathet, unbestraft. Nach dem Spruche der Geschworenen wurde er der gewaltsamen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einer Frauensperson nichtschuldig befunden und ebenfalls nichtschuldig der Mißhandlung, sondern blos schuldig der thätlichen Beleidigung. Der Gerichtshof erkannte dafür auf 4 Wochen Gefängniß und erklärte dem Angeklagten 3 Wochen der Strafe als durch seine Untersuchungshaft verbüßt. Vergangen hatte sich der Angeklagte eines Tages im Sommer v. J. bei seiner Anwesenheit in Hettstedt gegen ein Dienstmädchen. Bemerkt wurde zur Begründung des Urtheils, daß auf Geldstrafe zu erkennen nicht angemessen befunden sei, im übrigen erscheine aber eine geringe Gefängnißstrafe mit Rücksicht auf des Angeklagten Jugend und bisherige Unbestraftheit gerechtfertigt.

Gießen, 10. März. [Todesurtheil.] Das Schwurgericht verurtheilte heute den Tagelöhner Conrad aus Romrod bei Schotten wegen Mordes zum Tode. Er hatte seinen Arbeitgeber, der beim Bäcker für Brod gutgesagt, dann aber die Bürgschaft zurückgezogen hatte, im Walde erschlagen.

Provinzialnachrichten.

St. **Vom Brocken**, 9. März. [Wetter.] Der Anfang dieser Woche brachte uns, wie bereits berichtet, wieder echtes Winterwetter, der Sonntag Abend sogar einen gelinden Schneesturm aus Nordost mit fast 8 Grad unter Null, also einer selbst für die hiesigen Verhältnisse ziemlich strengen Kälte. Ganz unerwartet erfolgte alsdann in den ersten Morgenstunden des gestrigen Tages ein Umschlag, welcher der streng winterlichen Witterung urplötzlich einen rein frühlingsmäßigen Charakter verlieh; in mäßigem Ost, einem Wind, der im allgemeinen bei uns rauhes, trübes und kaltes Wetter im Gefolge hat, stieg die Temperatur in ganz kurzer Zeit von — 8° bis direkt unterhalb des Gefrierpunktes, ein leichter Sprühregen begleitete diesen Temperaturumschlag, zunächst Glatteisbildung herbeiführend, aber schnell wieder aufhörend, während das Thermometer den Gefrierpunkt überschritt. Der Nebel wurde im Laufe des Vormittags wieder lichter, aber erst bei Sonnenuntergang wurde die Kuppe frei, während tiefe Wolken, stellenweise bis 1000 m sich erhebend, die Niederung bedeckt hielten, gleichwie heute vormittag. Das Thermometer hielt sich gestern tagsüber fast unveränderlich 1° über den Gefrierpunkt, und da auch die schon wieder hochstehende Sonne, wenn auch durch Wolken verdeckt, die Erdoberfläche merklich erwärmt, so begann schon gestern vormittag ein ziemlich intensives Thauwetter, prasselnd stürzten gegen mittag allenthalben die in der letzten Woche entstandenen Rauhreilbildungen herab, alle Bäume und Stangen wurden allmälig ihres prächtigen winterlichen Schmuckes entkleidet; über Nacht ist das Thermometer sogar über 3° gestiegen, die Schneedecke, welche vorgestern die für diesen Winter bisher maximale Höhe von 31 cm erreicht hatte, ist seit gestern früh um volle 5 cm geschwunden.

□ **Quedlinburg**, 10. März. [Vom Bruder erschossen.] Ein entsetzlicher Vorfall hat sich gestern im nahen Ditfurth zugetragen. Der Landwirth Buchholz hatte sein geladenes Gewehr in der Wohnstube stehen lassen. Der 3jährige Sohn ergriff es, um damit zu spielen. Als sein 6jähriges Schwesterchen die Stube betrat, legte er die Waffe in dem Glauben, daß sie nicht geladen sei, auf das Kind an und drückte los. Der Schuß krachte und im selben Augenblick sank die kleine Schwester zu Boden. Die Ladung war ihr in den Kopf gedrungen und der Tod trat binnen wenigen Minuten ein.

* **Tangermünde**, 10. März. [Kaiserliches Interesse für historische Bauten.] Der Kaiser, der sich für die alten historischen Bauten besonders lebhaft interessirt, hat jetzt den Wunsch ausgedrückt, daß das hier neu zu erbauende Krankenhaus im Stil der alten Bauten errichtet werde. Bekanntlich hatte der Kaiser seiner Zeit aus seiner Schatulle einen namhaften Beitrag für die Restaurirung des hiesigen neustädter Thores bewilligt; die Pläne für das neue Krankenhaus sollen dem Kaiser, wie er angeordnet hat, vorgelegt werden.

* **Oschersleben**, 10. März. [Verhafteter Lehrer.] Der Lehrer Knochenhauer aus Hornhausen wurde gestern in das hiesige Gerichtsgefängniß eingeliefert. K. steht im Verdachte, sich an seinen Schülerinnen vergangen zu haben.

* **Hadmersleben**, 9. März. [Ein Raub der Flammen] wurde gestern hier der fiskalische Vorthurm; in den rauchenden Trümmern fand man die verkohlte Leiche des Wächters Piotta, der ein kräftiger, starker Mann war. Ueber die Entstehung des Brandes hat man nur Vermuthungen.

* **Erfurt**, 10. März. [Das leidige Spiel mit Schußwaffen] hat hier schon wieder einmal ein Menschenleben in schwere Gefahr gebracht. Der bei dem hiesigen Rechtsanwalt Zander beschäftigte 16jährige Schreiber Karl Kämmerer richtete heute scherzweise einen geladenen Revolver auf sich. Der Schuß ging los und traf Kämmerer in den Kopf. Die Verletzung ist gefährlich.

— [Patente.] Anmeldungen. Nahmen für Lokomotiven: Christian Hagans, Erfurt. — Bogenlampe mit zwei Kohlenpaaren und zwei unabhängigen Laufwerken: Körting & Mathiesen, Leutzsch-Leipzig. — Tochtloser Brenner für Spirituskocher: Otto Keibel, Langenhanau. — Heilenbaumschuhe: Firma E. Bendel, Magdeburg-Sudenburg. — Gegenstromtrockenanlage mit Vortrocknung durch Rauchgase und Nachtrocknung durch stetwach gesammten Abdampf: Julius Schwager, Berlin, und Eduard Bendel, Magdeburg-Sudenburg. — Ertheilungen: Garnträger für Garnstabevorrichtungen: H. E. Klügig, Leipzig-Lindenau. — Kopiervidmerk mit Diachanzeichen: C. P. Jaeger, Leipzig. — Vorrichtung zur selbstthätigen Regelung des Ablaufs der Fasserbänder bezw. Zöden von stehenden Spulen: R. Clad und C. Schnabel, Langensalza i. Th.

* **Eisenach**, 10. März. [Der Kaiser] wird, wie hier verlautet, aus Anlaß des 80. Geburtstages des Großherzogs am 24. Juni dem Regiment Nr. 94 Haarbüsche und Gardelitzen verleihen.

* **Jena**, 10. März. [Rückkehr aus unseren Kolonien.] Dr. Hans Grunner, der am Schwarzwasserfieber leidet, kehrte gestern abend hierher aus Togo zurück.

* **Gotha**, 10. März. [3 m hoher Schnee] bedeckt zur Zeit den Inselsberg.

Vermischtes.

Hinrichtung. In Bayreuth wurde gestern der wohlhabende Gütler Mathias Hofmann von Lohndorf hingerichtet. Er hatte gemeinschaftlich mit seiner Frau und Tochter seinen Schwiegersohn aus Habsucht ermordet, weil der Schwiegersohn nicht 6000, sondern nur 5000 M. Baargeld mit in die Ehe gebracht hatte. Die beiden Frauen wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Pest in Bombay. In der vergangenen Woche sind in Bombay 1283 Personen an der Pest gestorben; die Gesammtsterblichkeit belief sich auf 2184 oder 136,36 pro Tausend.

Unglücksfälle und Verbrechen. Wegen bedeutender Unterschlagungen wurde der zweite Buchhalter der Zellstofffabrik Waldhof bei Mannheim, Hannes Jung, verhaftet. — Beim Brande eines Petroleum-Magazins in Barcelona erstickten eine Frau und ihre vier Kinder in ihrer Wohnung. — Giulio Salviati, der Chef der venezianischen Firma Salviati, deren Kunstglaswaaren überall bekannt sind, hat sich in seinem Geschäfte in Regent-Street zu London erschossen. Der Verstorbene war der Sohn des Commendatore Salviati, der die Rezepte der altvenezianischen Kunstglasfärberei wieder auffand und dadurch eine alte Kunstindustrie neu ins Leben rief. Der Selbstmord erfolgte vier Tage nachdem seine Firma zusammen mit der Firma Jeiurum in Venedig in eine Aktiengesellschaft mit 330,000 Lstrl. Kapital umgewandelt war. Die Untersuchung ergab, daß keinerlei geschäftliche Mißerfolge den Selbstmord veranlaßt haben.

Personalnachrichten. Nach einem gestern veröffentlichten Bulletin nähert sich der Gesundheitszustand der Kaiserin Alexandra von Rußland dem normalen; der Schlaf und das Wohlbefinden sind durchaus gut. Temperatur 36,7, Puls 75. — Der englische Gesangsprofessor Horace Fenn, früher am Frankfurter Hoch'schen Musik-Konservatorium, später als Lehrer thätig in Amerika und in Wien, erkrankte sich aus Nahrungssorgen im Mai. — Der Landrath des Kreises Peine, Freiherr v. Hammerstein ist an den Folgen der Influenza gestorben.

Letzte Telegramme.

Berlin, 11. März. Im Anschluß an die gestrigen Vorkommnisse im Abgeordnetenhause haben mehrere polnische Abgeordnete dem Abg. Gerlich eine Duellforderung zugehen lassen. (s. Parlamentarische Briefe.)

Paris, 10. März. Die Deputirtenkammer berieth die Reform der Gewerbesteuer, welche an das Finanzgesetz angefügt ist. Entgegen den Erklärungen der Minister Boucher und Cochery nahm die Kammer mit 293 gegen 225 Stimmen einen von Berry eingebrachten Abänderungsantrag an, welcher die Gewerbesteuer der großen Kaufgeschäfte beträchtlich erhöht. Danach würden die großen Kaufgeschäfte von Paris im ganzen etwa 33 Millionen Francs Gewerbesteuer zahlen.

Neapel, 10. März. Der Rektor der Universität begab sich im Laufe des heutigen Tages nach dem „Hotel Cavour," um dort die deutschen Studenten zu begrüßen. Diese besuchten in Begleitung der hiesigen Studenten das Museum, das Reservoir der Wasserleitung in Capodimonte sowie andere Sehenswürdigkeiten; vor dem Zuge der Studenten marschirten die Musik der Feuerwehr und Fahnenträger mit den Fahnen der Universität. Man bereitet Ausflüge nach Pompeji, dem Vesuv und nach dem Golf vor, außerdem sollen eine Galavorstellung im Teatro San Carlo, ein Bankett und andere Festlichkeiten veranstaltet werden.

London, 10. März. Im Unterhause erklärte heute Curzon (s. „Die asiatische Frage") auf eine weitere Anfrage, die Angreifer gegen den Vicekonsul Cooke in Sebastopol waren Matrosen der russischen Flotte und trugen zur Zeit Uniform. Die Lokalbehörden bewirken sofort deren Verhaftung. Die Schuldigen werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der britische Botschafter erhielt von der russischen Regierung den Ausdruck des aufrichtigen Bedauerns wegen des Angriffes. Was den russischen Diener des Vicekonsuls betrifft, so wird das weitere von den Vorschlägen abhängen, die der Konsul macht. — Ueber die Kubafrage seien zwischen der britischen und der amerikanischen Regierung keine Mittheilungen ausgetauscht worden.

London, 10. März. Der englische Gesandte in Peking, Macdonald, ist zum Commandeur des Bath-Ordens ernannt worden.

Sofia, 10. März. Heute wurde in der Kathedralkirche ein von allen Journalisten ohne Parteiunterschied veranstaltetes Requiem zum Gedächtniß des in Konstantinopel ermordeten Redacteurs Markadrosow abgehalten. Der Chef des Preßbureaus, Todcow, hielt eine Rede, in welcher er die Verdienste Markadrosow's hervorhob und darauf hinwies, daß, obwohl das Verbrechen unter den Augen der türkischen Polizei begangen wäre, der Thäter trotzdem bisher nicht entdeckt wäre. Dem Requiem wohnten vier Minister und eine ansehnliche Menschenmenge bei.

Washington, 10. März. Im Senat brachte Chandler heute eine Bill ein, durch welche das von der Regierung gekaufte Kriegsmaterial bis zum Januar 1899 von Einfuhrzöllen befreit wird. Die Einbringung der Bill wird einer Anregung des Marinesekretärs Long zugeschrieben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980311011/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Der Geschäftsbericht der Vereinigten Pommerschen Eisengiesserei und Halleschen Maschinenbau-Anstalt vorm. Vaass & Littmann bezeichnet das 1897er Ergebniss als zufriedenstellend, besonders sei das Etablissement Halle flott beschäftigt gewesen. Im laufenden Jahre entwickele sich das Geschäft günstig. Der Rohgewinn betrug 287,290 M. (1896 220,882 M.), davon gehen ab für Abschreibungen 47,156 Mark (45,431 Mark), für Reserve 11,696 Mark (8770 M.), zu Tantièmen 29,844 M. (14.406 M.), 9 Proz. (1896 7 Proz.) Dividende.

— Dividenden. Chemische Fabrik Oranienburg wieder 9 Proz. Weissenfelser Bankverein bei 60,205,31 M. Reingewinn wieder 7½ Proz.

Rio de Janeiro, 9. März. Wechsel auf London 6 5/16.

Buenos-Ayres, 9. März. Goldagio 168,80.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 7. März.

Berlin, 10. März.

Aktiva.

1)	Metallbest. (der Bestand an kursfähigem, deutschem Gelde u. an Gold in Barren od. ausl. Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet	M. 959,785,000	Abn.	3,331,000
2)	Best. an Reichskassenscheinen	„ 22,859,000	Zun.	457,000
3)	» an Noten anderer Banken	„ 12,047,000	Abn.	600,000
4)	» an Wechseln	„ 562,159,000	Zun.	13,307,000
5)	» an Lombardforderungen	„ 74,933,000	Abn.	10,711,000
6)	» an Effekten	„ 2,826,000	Zun.	405,000
7)	» an sonstigen Ahtiven	„ 63,007,000	Abn.	2,787,000

Passiva.

8)	das Grundkapital	M. 120,000,000		unverändert
9)	der Reservefonds	„ 30,000,000		unverändert
10)	der Betrag der uml. Noten	„ 1,021,170,000	Abn.	685,000
11)	die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	„ 491,167,000	Abn.	2,939,000
12)	die sonstigen Passiven	„ 35,279,000	Zun.	364,000

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn.-Term.	Anm.-Frist	1. Gl.-Vers.	Prüf.-Term.
Consum-Verein Benneckenstein	Benneckenstein	Ellrich	4.3.	1.4.	6.4.	15.4.
O. B. Köhler, Flanellfabr., Inh. d. Fa. Louis Conrad & Co.	Frankenberg	Frankenberg	5.3.	5.4.	29.3.	19.4.
A. Mathes, Kfm., Inh. d. Fa. A. Mathes-Kiefer	Frankfurt M.	Frankfurt M.	5.3.	5.4.	4.4.	6.5.
Export- und Import-Gesellschaft Schwab & Co.	Harburg	Harburg	5.3.	18.4.	6.4.	7.5.

Waaren- und Produktenberichte.

Halle, 10. März. (Mehlbörse.) Preise für notto 100 kg. Kaiser-Auszug 32,50 bis —,— M., Weizenmehl 00 28,00 bis 29,25 M., Weizenmehl 0 26,00 bis 27,25 M., Roggenmehl 0 22,50 bis 23,00 M., Roggenmehl 01 21,50 bis 22,00 M., Futtermehl 13,00 bis —,— M., Roggenkleie 9,50 bis 10,00 M., Weizenkleie 8,50 bis 8,75 M., Weizenkleie f. 8,50 bis 8,75 M., Haidemehl 31,00 bis —,— M.

Der Vorstand des Mehlbörsenvereins.

Getreide.

New York, 10. März. [Telegr.] Rother Winterweizen 107⅜, Weizen März 105⅝, April —, Mai 100⅜, Juli 91⅝, Mais März —, Mai 35¼, Juli 36⅜. Mehl 4,00. Getreidefracht 3¼.

Chicago, 10. März. [Telegr.] Weizen März 102¼, Mai 104, Mais März 29⅛.

* Nordhausen, 10. März. Weizen 18,00—18,65 M., Roggen 14,00—14,50 M., Gerste 17,00—18,00 M., Hafer 15,00—15,75 M.

* Hamburg, 10. März. Weizen loco behauptet, holsteinischer loco 185—195, Roggen loco behauptet, mecklenburgischer loco 140—148, russischer loco ruhig, 112. Hafer ruhig, Gerste fest.

* Wien, 10. März. Weizen per Frühjahr 11,88 Gd., 11,90 Br., Roggen per Frühjahr 8,81 Gd., 8,82 Br. Hafer per Frühjahr 6,86 Gd., 6,88 Br.

* Pest, 10. März. Weizen loco ruhig, per Dez. — Gd., — Br., per Frühjahr 12,00 Gd., 12,02 Br. Roggen per Frühjahr 8,51 Gd., 8,52 Br. Hafer per Frühjahr 6,48 Gd., 6,50 Br.

* Amsterdam, 10. März. Weizen auf Termine geschäftslos, do. per März —, per Mai —. Roggen loco —, do. auf Termine behauptet, do. per März 136, per Mai —, per Juli —, per Okt. 125.

* Antwerpen, 10. März. Weizen behauptet, Roggen ruhig, Hafer steigend, Gerste fest.

Zucker.

* Paris, 10. März. (Schluss.) Rohzucker ruhig, 88% loco 29—29½, Weisser Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 kg, per März 31⅞, per April 32, per Mai-Aug. 32½, per Okt.-Jan. 30¼.

* London, 10. März. 96% Javazucker 11¼ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9 3/16 matt.

Kaffee.

* Hamburg, 10. März. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack.

* Hamburg, 10. März. (Vormittagsbericht.) Good average Santos, per März 29¼ Gd., per Mai 29½ Gd., per Sept. 30¼ Gd., per Dez. 30¾ Gd.

* Hamburg, 10. März. (Nachmittagsbericht.) [Bericht der hamburger Firma Joswich u. Comp.] Kaffee good average Santos, per März 29¼, per Mai 29¾, per Sept. 30¼ Gd., per Dez. 30¾ Gd.

* Hamburg, 10. März., abends 6 Uhr. (Bericht der hamburger Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos, per März 29¼ Gd., per Mai 29¾ Gd., per Sept. 30¼ Gd., per Dez. 30¾ Gd.

* Havre, 10. März., vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, per März 35,25, per Mai 35,50, per Sept. 36,25. Behauptet.

* Amsterdam, 10. März. Java-Kaffee good ordinary 35,

Spiritus.

* Hamburg, 10. März. Spiritus behauptet, per März 21⅛ G., per März-April 21¼ G., per April-Mai 21 G., per Mai-Juni 20⅞ G.

* Stettin, 10. März. Spiritus loco 70 M. Konsumsteuer 41,70 Gd.

* Breslau, 10. März. Spiritus per 100 l 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per März 61,00 Gd., do. 70 M. Verbrauchsabgabe per März 41,30 bez. u. G.

* Paris, 10. März. (Schlussbericht.) Spiritus behauptet, per März 45¼, per April 44, per Mai-Aug. 44¼, per Sept.-Dez. 40.

Petroleum.

* Hamburg, 10. März. Petroleum ruhig, Standard white loco 5,25 Br.

* Bremen, 10. März. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 5,40 Br.

* Antwerpen, 10. März. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 15⅝ bez. u. Br., per März 15⅝ Br., per April-Mai 15⅝ Br. Ruhig.

* New York, 10. März. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 5,85, do. in Philadelphia 5,80, do. Refined (in Cases) 6,50, do. Credit Balances at Oil City April 79,00.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 10. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 5,45, do. Rohe und Brothers 5,75.

* Antwerpen, 10. März. Schmalz per März 65¾.

Schlachtviehmakt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 10 März 1898.

Zum Verkaufe standen	I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht.							
16 Rinder,							16	—
davon: 4 Ochsen,	34	—	32	—	30	—	4	—
2 Färsen,	—	—	—	—	—	—	2	—
5 Kühe,	29	—	27	—	25	—	5	—
5 Bullen,	30	—	28	—	—	—	5	—
19 Kälber,	43	—	38	—	35	—	19	—
2 Hammel (Schafe)	—	—	—	—	—	—	2	—
160 Landschweine,	—	63	—	61	—	59	154	6

Geschäftsgang: mittelmässig. — Gesammt-Auftrieb dieser Woche, 56 Rinder, (davon 9 Ochsen, 10 Färsen, 27 Kühe, 10 Bullen), 33 Kälber: 124 Hammel, 254 Landschweine, zusammen 467 Schlachtthiere.

Berlin, 9. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. Zum Verkauf standen: 331 Rinder, 2223 Kälber, 1090 Hammel, 8172 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Für Rinder: Ochsen: 1) vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt, —,—; 2) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete —,—; 3) mässig genährte junge und gut genährte ältere —,—; 4) gering genährte jeden Alters 44—48; — Bullen: 1) vollfleischige, höchsten Schlachtwerths —,—; 2) mässig genährte jüngere und gut genährte ältere —,—; 3) gering genährte 43—46; — Färsen und Kühe: 1) a. vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths —,—; b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt —,—; 2) ältere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere —,—; 3) mässig genährte Färsen und Kühe 45—47; 4) gering genährte Färsen und Kühe 41—43; — Kälber: 1) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 64—69; 2) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 57—62; 3) geringe Saugkälber 48—55; 4) ältere gering genährte Kälber (Fresser) 38—44; — Schafe: 1) Mastlämmer und jüngere Masthammel 54—57; 2) ältere Masthammel 48—53; 3) mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 45—47; 4) Holsteiner Niederungsschaf —,—, auch pro 100 Pfd. Lebendgewicht —; Schweine: 1) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen, im Alter bis zu 1¼ Jahren 58; 2) Käser —,—; 3) fleischige 56 bis 57; 4) gering entwickelte 53—55; 5) Sauen 53—56 M.

Verlauf und Tendenz: Vom Rinderauftrieb blieben etwa 70 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Die Schafe wurden bis auf ungefähr 100 Stück verkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt.

Bamberg, 8. März. Zutrieb 1295 Stück Grossvieh. Angebot und Nachfrage standen in richtigem Verhältniss, weshalb lebhafter Verkauf zu berichten ift. Die vertretenen Firmen kauften rasch und anscheinend zu besseren Preisen, so dass in Gangochsen der Markt ziemlich geräumt wurde und grosse Transporte zur Verladung kamen. In anderen Viehgattungen ebenfalls befriedigender Umsatz; gute Kühe fehlten und werden nur selten zu Markte gebracht.

Metalle.

* Amsterdam, 10. März. Bancazinn 39½.

* London, 10. März. Chili-Kupfer 50⅛, per 3 Monate 50 13/16.

* London, 10. März. [Telegr.] Blei span. 12⅝ Lstrl., engl. 12¾ Lstrl., Zinn 65⅜ Lstrl., Zink 18⅜ Lstrl.

* Glasgow, 10. März., vorm. 11 Uhr 5 Min. Roheisen, Mixed numbers warrants 46 sh. 2½ d. Ruhig.

* Glasgow, 10. März. (Schluss.) Roheisen, Mixed numbers warrants 46 sh. 2½ d.

* New York, 9. März. Zinn 14,35 Doll. Kupfer 12,00.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null).

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	9. März	+ 1,12	10. März	—	—	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,62	»	+ 2,64	—	2
do. Unterpegel	»	+ 1,04	»	+ 1,10	—	6
Trotha	10. »	—	11. »	—	—	—
Alsleben, Oberpegel	9. »	+ 2,65	10. »	+ 2,66	—	1
do. Unterpegel	»	+ 2,68	»	+ 2,71	—	3
Bernburg	»	+ 2,24	»	+ 2,24	—	—
Kalbe, Oberpegel	»	+ 1,90	»	+ 1,90	—	—
do. Unterpegel	»	+ 1,92	»	+ 1,94	—	2

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	März	Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Budweis	9. + 0,10	—	7	Torgau	10. + 2,10	—	—
Prag	» + 0,64	—	10	Wittenberg	» + 2,77	1	—
Jungbunzlau	» + 1,00	—	46	Rosslau	» + 2,[illegible]8	6	—
Laun	» + 1,00	—	55	Barby	» + 2,86	7	—
Pardubitz	» + 1,52	—	34	Magdeburg	» + 2,41	9	—
Brandeis	» + 1,60	—	36	Tangermünde	» + 3,30	7	—
Melnick	» + 0,90	—	16	Wittenberge	» + 3,06	4	—
Leitmeritz	» + 0,65	—	7	Dömitz Peg.	9. + 2,61	—	1
Aussig	10. + 1,48	—	37	Lauenburg	10. + 2,69	—	—
Dresden	» — 0,02	—	16				

Aussig. Von den oberen Plätzen werden 1,37 m Wuchs gemeldet.

Schiffsverkehr und Frachten.

Aussig, 10. März. Heutige Fahrtiefe 76 Zoll österr. Mass.

Schleppschifffahrt auf der Elbe.

Aken, 10. März. Kahn 1856, Strm. Ruthe, von Herren Zillmann & Tegeler, Hamburg expedirt, ist heute hier eingetroffen.

Berliner Börse

vom 10. März.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 3, Lomb. 4
Amsterdam 3. Brüssel 3.
Petersburg 5½. Wien 4.
London 3. Paris 2.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	— —
Berliner Stadt-Obl.	3½	102,10G
do. do. 1892	3½	101,50bzG
Magdeburger St.-Anl.	3½	100,50G
do. do. neue	4	— —
Westpr. Prov.-Anl.	3½	100,70bzG
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	— —
Bayrische Anleihe	4	— —
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	109,60bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	138,30bz
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	134,00B
Meininger 7 fl.-Loose	—	22,00bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	131,40bz

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl. 5%	—	79,40bz
do. innere do. 4½%	—	68,50bzG
Barletta 100 Lire-Loose	—	26,60G
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	100,50G
do. do. 1888	5	100,50G
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	83 10G
Chinesische Anleihe	5	103 90B
do. do. 1896	5	99,50bzG
Egyptische priv. Anl.	3½	— —
do. do. do.	4	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	25 60G
Griech. Anl. 1881—84	—	39,20bzG
do. kons. Goldrente	—	32,70bzG
do. Monopol-Anl.	—	41,90bzG
do. Gd.-Anl. v. 1890	5	36,20bzG
Mailänd. 10 Lire-Loose	—	14,30bzG
Mexikaner Anl. à 100	6	99,40bz
do à 20	6	99,60bz
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	5	148,60bzG
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	101,60bz
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	109,50G
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	— —
do. Boden-Kredit	5	122 50bz
do. do. gar.	4½	102,60bzB
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	— —
do. do. 1866	5	— —
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	— —
do. do. 1890	3½	— —
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	102,75G
Türkische Anleihe D.	1	22,05bz
do. Administ.	5	96,75bzB
do. 400 Frcs-Loose	—	114,50bz
Ungarische Gold I.-A.	4½	101,90bzG
do. Kr.-R.	4	— —

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	237,00bzG
Admiralsgarten-Bad	4	74,10bzG
Annaburger Steingut	14	180,50bzG
Archimedes	10	173,00bzB
Bauges. Berl.-Charlbg.	7,8	651,00bzG
do. B.-Wilmersd. T.-G	26	1006,00
Braunschweiger Jute	15	186,60bzG
Berl.-Anh. Maschinen	12	217,70G
Berliner Bockbrauerei	10	185,00bzG
do. Brauerei Königst.	7½	134,10G
do. Union Gratweil	7	134,30G
Brsl. Eisenb.-W., Linke	14	242,80G
Breslauer Oelwerke	5½	97,00G
Cement-Bau-Ges.	12	155,50G
Charlottb. Wasserwerk	9	326,50G
Chem. Fabr. Schering	7½	193 00bz
Chemn. Masch. Zimm.	9	177,25G
Dessauer Gas	11	215,50bzG
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	80	650,00bzG
Dtsche Jutespinnerei	12	148,25bzG
Egestorff-Salzwerke	8¼	141,50B
Elberfeld. Farbenfabr.	18	344 75bzG
Erdmannsdorf. Spinn.	4	83,75bzG
Freund Masch. konv.	16	290,75G
Harburg-Wien Gummi	29	— —
Harkort St.-Pr. konv.	5	153,25bzG
do. Brückenb. konv.	7	134,00G
do. do. St.-Pr.	8	159,75bzG
Hirschberger Masch.	8	133,50G
Keyling & Th. Eiseng	5	124,50bzG
Kurfürstendamm Ges.	—	864,00bz
La Veloce, Ital. D.	7½	79,50bzG
Ludw. Löwe & Co.	24	460,00bzG
Mälzerei Wrede	7	110,00bzG
Magdeburger Baubank	1	72,00bzG
Magdeb. Pferdebahn	7	271,75bzB
Neuroder Kunstanstalt	7½	128,00bzG
Nordd. Eiswerke	4½	107,00bzG
Omnibus-Gesellschaft	10	209,00bz
Oppeln Portl.-Cem.	11	166,25bzG
Passage	4	85,00G
Pferdebahn, Breslauer	9½	310,80bz
Saline Salzungen	5	89,10G
Sangerhäuser Masch.	22½	312,50G
Schäffer u. Walcker	0	81,60G
Schlesische Cement	14½	216,50B
Schwartzkopff	10½	266,00bzG
Siemens, Glas-Industr	12½	224,75G
Stettiner Cham. Didier	17	420,00bzG
Sudenburg. Maschin.	5	135,50G
Thüringer Salinen	4	71,90B
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	16	230,25G
Vereinsbrauerei Artern	4½	100,25G
Westf. Draht-Industrie	10	141,10bzG
do. Union konv.	16	181,00bzG
do. 6% St.-Pr.	7	— —
Wittener Guss	10	174,25bzG
Wilhelmshütte	2½	64,75bzB
Zuckerfabr. Fraustadt	4½	99,50bzG

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	3½	100,00G
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	95,75bzG
Dortmund-Gronau. E.	4	— —
Marienb.-Mlawkaw	5	121,00bz
Ostpreuss. Südbahn	5	118,50bzB

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	59,10G
do. Mittelmeerb. stfr.	4	98,80B
Lemberg-Czernowitz	4	100,80G
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	94,00G
do. Ergänzungsn.	3	94,40bzG
do. Gold-Pr.	4	104,25G
Oesterr. Lokalbahn	4	— —
do. Nordwestbahn	5	111,90G
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	79,90G
do. Obligationen	5	108,25bz
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	101,90bzB
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	101,10G
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	104,60G
Kosl.-Woronesch Obl.	4	102,40bz
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	102,50bzB
Kursk-Kiew	4	102,30bzG
Mosco-Kiew-Woron	4	102,75bz
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	— —
Mosco-Smolensk	5	— —
Orel-Griäsi 1889	4	— —
Rjäsan-Koslow	4	102,60G
Rjaschk-Morczansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	4	102,60G
Russ. Südwestbahn	4	103,90G
Transkaukasische	3	— —
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	— —
Wladikawskas Oblig.	4	103,90G
do. unkdb. b. 1906	4	102,60B
Manitoba rz. 1933	4½	105,30G
Northern-Pac. I. b. 1921	6	— —
do. Pref.	4	93,80bzG
do. Gen. Lien.	3	60,10bzG
S Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	114,75G
do. do. do.	5	100,50bzG
Central-Pacific	5	86,00bz
Anatolische	5	96,50bzG
Portug. Eisenb. O. 1886	3	60,80G
do. 1889	3½	— —
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	— —
do. Lit. B.	5	— —

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	5	— —
Altenburg-Zeitz	12	— —
Buschtiehrader B.	13	— —
Halberst.-Blankenb.	3½	144,75bz
Ital. Meridional-Eb.	6⅚	134,25bzG
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	82,50G
Ludwigshaf.-Bexbach	11	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	8½	— —
do. Westbahn	8	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	107,30bz
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg	4	97,00B
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	100,60G
Lemberg-Czernowitz	6½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5½	— —
do. B. Elbethalb.	5 7/6	— —
Südösterreich (Lomb.)	4/5	34,60G
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	9⅜	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	19⅚	— —
Gotthardbahn	6,8	147,60G
Ital. Meridionaux	6⅗	— —
Lüttich-Limburg	0/25	45,50G
Luxemb. Pr. Hnr.	3⅖	113,75bzG
Schweiz. Centralbahn	7	136,80bz
do. Nordostbahn	6	100,50G
do. Unionbahn	3½	75,90B

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,90G
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	103,00G
do. V. rz. 100	3½	9[illegible],80G
do. VI. unkb. b. 1900	4	100,75G
do. VII. unkb. b. 1903	4	— —
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	100,20bzG
do. do. V. VI.	4	103,20bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr	4	100,90G
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,10G
do. unkdb. bis 1900.	4	100,80G
do. alte Ser. 1-45	3½	98,10G
do. S. 46-105, uk. 1905	3½	99,75bz
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	101,75G
do. do. II.	3½	100,50G
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	— —
do. ab 1. 1. 98. 3½%	4	98,10G
do. II unkdb. bis 1900	4	100,90G
do.	3½	99,80bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	— —
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	100,00bzG
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	101,50bzG
Ostpreussische	3½	100,50G
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	100,50bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	102,00bzG
Posensche	4	— —
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,50G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	108,50G
do. XIII. rz. 100	4	101,40G
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	101,00bzG
do. do. 1900	3½	98,90bzG
do. do. 1906	3½	99,80bzG
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	100,20bzG
do. do. XV-XVIII.	4	101,00bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G. 1905	4	101 90G
do. do. Cert.	3½	98,30G
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	100,00bzG
do. XVIII ukdb. 1908	3½	100,00bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	99,30G
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	100,20B
Sächsische	4	105,75G
do.	3½	100,80B
Rentenbr. Westpr. ritt. I. I. B.	3½	100,90G
Rentenbr. Pommersche	4	104,20G
Rentenbr. Posensche	4	104,00G
Rentenbr. Preussische	4	104,25G
Rentenbr. Sächsische	4	104,20G
Rentenbr. Schlesische	4	103,75G

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	2½	120,80B
Arenberger Bergwerk	50	759,00G
Baroper Walzwerk	0	69,50bzB
Berzelius	6	125,20bzG
Bismarckhütte	15	202,25bz
Bonifacius Bergwerk	5½	115,50bzG
Concordia-Bergwerk	13	250,00bzG
Consolidat. Bergw.-G.	15	261,50bzG
Consol. Marie	8	113,00bzG
Duxer Kohlen kon.	10	156,50bzG
Eschweiler Bergwerk	14	207,00bzG
Gelsenkirch. Gussstahl	8	167,50bzG
Georg-Marien-St.-A.	8	124,00bzG
do. St.-Pr.	8	— —
Harzer Eisenw. konv.	0	57,00bzG
do. do. St.-Pr.	3	108,75bzG
Inowrazl., Steinsalzb.	3⅕	74,50bzG
Kattowitzer	10	180,75bzG
Königin-Marienhütte	5	86,25bzG
König Wilhelm konv.	15	220,00bz
do. St.-Pr.	20	273,00G
Leopoldsgr. Edderitz	5¼	105,25G
Luise Tiefbau konv.	0	69,00bz
do. do. St.-Pr.	4	103,25bz
Magdeburg.-Bergwerk	28⅓	410,75G
Marienhütte Kotzenau	4½	87,50B
Menden & Schwerte kv.	0	— —
do. St.-Pr.	5½	96,60G
RheinischeStahl Lit. C.	15	205,90bz
Schlesisch. Zinkhütten	11	224,75bzG
Stadtberger Hütte	6½	122,60B
Wurm-Revier	6½	125,75G

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	102,50bzB
Aschersleb. Kaliwerke	5	— —
Bochumer Gussstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	107,90G
Dortmunder Union	5	111,80G
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	100,40G
Hamb.-Packetfahrt	4	— —
Laurahütte	3½	97,40G
Naphta-Obligationen	4½	101,20bzG
Norddeutscher Lloyd	4	— —
Oberschl. Eisen-Ind.	4	101,25G
v. Tiele-Winkler	4	— —
Zoologischer Garten	5	102,50bzG

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	6⅚	137,60bzG
Berg-Märk. B. i. Elbf.	7½	163,50bzG
Börsen-Handelsverein	5½	107,30bzG
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	3	99,40bzG
Cöln W. u. Komm.	5½	107,50bzG
Danziger Privatbank	7¼	139,75bz
Dessauer Landesbank	7	146,00bz
Deutsche Grundschuld	7	129,30G
do. Effekt.-B. (Hahn)	7	126,40bzG
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	120,25G
Dresdener Bankverein	7	126,00bzG
Essener Kredit	7½	145,00G
Gothaer Privatbank	6⅓	135,25bzG
do. Grundkreditb.	4	130,50bzG
do. do. junge	4	113,30bzG
Hamburg. Hypoth.-B.	8	158,50G
Königsberg. Vereinsb.	5½	114,50B
Leipziger Bank	10	198,50bzG
Lübecker Kommerzb.	7⅔	— —
Magdeburger Privatb.	5	111,40bz
Nordd. Grund-Kredit.	4½	101,60bzG
Pr. Hyp.-B. (Spielb.)	6½	133,75G
Preuss. Pfandbr.-Bk.	6½	124,30G
Realkredit-Bank	—	46,75G

Leipziger Börse, 10. März.

Zf.		M.		Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.	5000 4000	95,85G	4	Mansf. Gew. 1882		102,00G
3	do.	1000	95,85G	4½	do. 1879		101,90G
3	do.	500	95,85G	4	do. Em. 1875		101,90G
		Thlr.		4	Lpz. Stadtobl. 1884		100,90G
3%	Staatsanl. 1855.	100	96,50G	4½	do. 1876		100,90G
3½	do. 67 kv. 4%	500	101,00G	3½	Altb. Landoblig.	1000	102,50B
3½	Landrentendr.	500	99,00G	3½	do. do.	500	102,50B

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.	
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	329,00G
8	Böhm. Nordbahn	175,00G
13 1/21	Buschtiehrad. Lit. A.	303,00bz
12	do. do. B	286,50B
110 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	107,30G
6½	Graz-Köflach.	144,50G
3⅔	Marienburg-Mlawka	85,00G

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.	
5	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
5	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	— —

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.	
11	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	209,40bzG
8	Dresdener Bank	165,50B
6½	Gothaer Privatb.	133,50G
10	Leipziger Bank	199,00bzG
8	do. Hypothek.-B.	152,25G
6⅙	Sächs. Bank	129,50G
6	Zwickauer	— —

Div.	Industrie-Papiere.	
9	Chemn. Werkz. (Zim.)	178,00B
24	Cröllw. Papierfabr.	295,00G
—	4% do. Schldvschr.	101,30G
3	Dörstewitz-Rattm.	— —
3	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	139,00B
22	Geraer Jutesp. u. W.	254,00G
9	Germania (Schwalbe)	162,75B
19½	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	400,00B
54	do. do. Pr.-A. I	885,00G
49½	do. do. do. II	790,00G
1⅕	Hallesche Str.-B.	112,50G
1	Kette Elbsch.-G.-Akt.	173,50G
4	Körbisd. Zuckerfb.	117,50G

Div.		
5	Leipz. Baubank	104,00G
—	do. Elektr.-Werke	131,50G
4	do. elektr. Strassb.	154,75B
6	do. Gr. elektr. Strassb.	234,00B
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	208,50G
13⅓	Lpz. Kammgarnsp.	181,00G
11	do. Malzf. Schkeud.	177,00G
0	do. Wollkämmerei	120,00bzG
55 M.	Mansfelder Kuxe	1029,0G
7½	Sächs. Kammg.	87,00B
10	Sächs. M.-F. (Hartm.)	191,25B
15	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	217,50B
12	Thür. Gasges. Spz.	225,00B
12	do. Stamm-Pr.	230,00G
7½	S.-Thür. Br.-V. St.	1[illegible]8,00B
7½	do. St.-Prior.	138,00B
6	Zeitzer Par. u. S.-A.	116,75G
—	do. do. Oblig.	106,00B
6	Zuckerfabr. Glauzig	118,00B
5½	Zuckerraff. Halle	117,50G

%	Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.	
3½	Aussig-Teplitzer	99,90B
4	Böhm. Nordbahn	101,75G
5	do. do. Gold	107,00B
4	Buschtiehr. 1896 (stfr.)	101,65G
4	do. do.	101,65G
5	do. Em. 1868/71/72	107,00G
4½	do. Gold	— —
5	Dux-Bodenbach	109,00G
5	do. Em. 1871	109,00G
5	do. do. 1874	111,50G
4½	Graz-Köflacher	101,25G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	103,25G
4	Kaschau-Oderberg	100,00G
4	Prag-Dux Gold	— —
5	do. Gold	111,00G
5	Prag-Turnau	— —

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980311011/fragment/page=0004